

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Doris Rauscher

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Kerstin Celina

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Steffen Vogel

Abg. Kerstin Schreyer

Staatsministerin Emilia Müller

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Familienland Bayern"

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt; ich muss sie nicht extra vortragen. – Erster Redner ist der Kollege Unterländer. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Freistaat Bayern ist das Familienland Nummer eins. 5 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2017/2018 mit einer überdurchschnittlich hohen Steigerung, akzeptierte familienpolitische Leistungen und positive Umfrageergebnisse, was die Zufriedenheit der Familien in unserem Land mit ihrer Situation und mit der Situation ihrer Kinder anbelangt, sind Zeichen dafür, dass unsere Familienpolitik richtig ist. Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, aber auch, um eine Weiterentwicklung aufzuzeigen. Wir sagen zu Recht: Der Freistaat Bayern ist dank der Politik der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion das Familienland Nummer eins, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Über 70 % aller potenziellen Antragsberechtigten haben das Betreuungsgeld, über das wir in diesem Haus immer wieder diskutiert haben, in Anspruch genommen bzw. beantragt. Das ist eine klare Aussage und ein klares Votum dafür, dass die Politik auch in dieser wichtigen gesellschaftspolitischen Frage das Subsidiaritätsprinzip beachten muss. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass die kleinere Einheit das erledigen und das gestalten muss, zu dem sie selbst bereit und selbst in der Lage ist. Die Familien müssen über ihre Biografie und ihren Lebensweg selbst entscheiden können. Wenn manche Parteien in der Opposition hier im Landtag von der "Lufthoheit über Kinderbetten" sprechen, ist das ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Die Politik hat nicht zu entscheiden, sondern den Lebenswunsch und die Biografie von Famili-

en zu akzeptieren. Deswegen sage ich: Hände weg von Entscheidungen der Politik und Selbstbestimmung und Autonomie für die Familien, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Darauf müssen wir bei allen Entscheidungen Wert legen.

Da war es zuletzt nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Zuständigkeit für die Leistungen als Ersatz für das Kinderbetreuungsgeld bei den Ländern liegt, richtig, das Betreuungsgeld im Freistaat Bayern einzuführen. Wer eine Kürzung familienpolitischer Leistungen oder gar ihre Abschaffung fordert, um nach eigenen Vorstellungen Umschichtungen vorzunehmen, versündigt sich an den Wünschen der Familien im Freistaat Bayern. Deswegen sagen wir – ich betone das nochmals –: Hände weg von Entscheidungen der Politik und Unterstützung aller Lebenswege der Familien und Verbesserung der Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir sehen wesentliche Entscheidungen der Familienpolitik, die die Familien in ihrem Bestreben und in ihren Bemühungen unterstützen, zum einen im Familienlastenausgleich. Das ist zum Ersten natürlich das Betreuungsgeld, das ist das Landeserziehungsgeld, das sehr gut in Anspruch genommen wird und wofür die Einkommensgrenzen angehoben worden sind, und das sind die Leistungen, die der Bund gewährt.

In diesem Kontext müssen wir die Bewertung sehen, die Eltern in unserem Land vornehmen, wenn es um die Bekämpfung potenzieller Familien- und Kinderarmut geht. Entscheidend sind die finanziellen Rahmenbedingungen, und da spielt der Familienlastenausgleich, wie der Überbegriff heißt, eine ganz wesentliche Rolle.

Zum Zweiten ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nennen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Aha, auch erkannt!)

Dies ist auch für die Zukunft, ein Megathema und zwar, Herr Kollege Gehring, nicht auf eine bestimmte Facette reduziert. Vielmehr geht es hier um einen ganzen Strauß von Themen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Alleinerziehung!)

Es ist notwendig, dass hier in einem Bündnis, einem Pakt zwischen Familie und Beruf, wie es Frau Staatsministerin Müller gestartet hat,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bündnis zwischen CSU-Fraktion und Staatsregierung!)

weitergegangen wird, weil nicht die Familien jobgerecht werden müssen, sondern die Jobs, die Arbeit im Freistaat Bayern noch stärker familiengerecht werden muss. Da gibt es eine entsprechende Verpflichtung für die Wirtschaft und für den öffentlichen Dienst, die Vorbildfunktion haben, aber auch für die gesamte Gesellschaft. Daran müssen wir weiter arbeiten, wie wir parteiübergreifend bei einem Teilthema, nämlich der Teilzeitberufsausübung, gesehen haben.

Da ist zum Dritten der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung. In der Verantwortung der Kommunen erfolgt die staatliche Unterstützung. Ich darf feststellen: Es wird keine Einschränkung geben. Wenn in einer Kommune der Bedarf für eine Kinderkrippe, eine altersübergreifende Einrichtung oder eine Kindertagesstätte gegeben ist, dann wird die Deckung des Bedarfs nicht an fehlenden Mitteln, jedenfalls nicht an fehlenden staatlichen Mitteln, scheitern. Wir arbeiten daran. Auch das ist – neben dem Ausbau des Familienlastenausgleichs – ein wesentlicher Bestandteil für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine echte Wahlfreiheit der Familien, meine Damen und Herren.

Da ist zum Vierten die Förderung familienfreundlicher Kommunen, was die Stärkung und die Partizipation der Kommunen und auch die Infrastruktur über die Kinderbetreuungseinrichtungen hinaus anbelangt.

Da ist zum Fünften – ich halte es für ganz wichtig, dass wir das sowohl in diesem Haus als auch in den zuständigen Fachgremien weiterbearbeiten und weiterentwickeln – die Beachtung eines umfassenden Familienbegriffs, auch in Bezug auf das Zusammenleben, und ein generationenübergreifendes Miteinander. Wir erleben nämlich sehr viel häufiger, als dies theoretisch gesehen wird, dass Omas und Opas in der Kinderbetreuung eingesetzt sind und dass die Pflege pflegebedürftiger Eltern oder Großeltern in der Familie eine wichtige Rolle spielt. Darauf müssen wir bei der großartigen Leistung, die Familien Tag für Tag erbringen, unser Augenmerk richten. Das Zeitmanagement von Frauen, insbesondere auch alleinerziehenden Frauen, Eltern, Müttern und Vätern ist oft ein wahres Wunder. Herzlichen Dank den Familien für das, was sie als Gemeinschaft für unser Gemeinwesen Gutes tun, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Ein ganz gewichtiges Thema ist die Stärkung und Begleitung der Elternkompetenz. Wir wollen Eltern, die Ratschläge und Unterstützung brauchen, die entsprechenden Rahmenbedingungen geben. Das betrifft Familienzentren, aber auch den Ausbau einer niedrighschwelligen Eltern- und Familienberatung, und zwar in Vernetzung mit den Einrichtungen der Eltern- und Familienberatung. Wenn Eltern diese Unterstützung und Begleitung benötigen, dann ist es die Pflicht des Staates, der Kommunen, des Gemeinwesens, den Eltern eine entsprechende Orientierung zu geben.

Schließlich brauchen wir noch stärker als bisher kinderfreundliche und familiengerechte Wohnungen in den Kommunen. Es kann nicht sein, dass Familien aufgrund eines herbeigeführten Wohnungsmangels große Probleme haben oder gar in Obdachlosigkeit geraten.

Meine Damen und Herren, diese Initiativen sind im Haushalt gebündelt. Sie sind eine große Chance für die Menschen, für die Familien im Freistaat Bayern. Wir wollen den entscheidenden Beitrag dazu leisten. Unterstützen Sie diesen Weg für den Freistaat Bayern als Familienland Nummer eins!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich der nächsten Kollegin das Wort erteile, darf ich eine Begrüßung vornehmen. Auf der Tribüne darf ich eine Delegation der Assemblée nationale du Québec unter der Leitung von Herrn Präsidenten Jacques Chagnon begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Mit ihm zu Gast im Bayerischen Landtag sind die Vizepräsidenten der Delegation der Nationalversammlung für die Beziehungen mit Bayern, Herr Norbert Morin und Herr Stéphane Bergeron, sowie die Abgeordneten und Mitglieder der Delegation der Nationalversammlung für die Beziehungen mit Bayern, Herr Guy Hardy und Herr Mathieu Traversy.

Québec und Bayern verbindet seit vielen Jahren eine enge Freundschaft und eine Partnerschaft, die auf parlamentarischer Ebene bis in das Jahr 1999 zurückreicht und sowohl auf dieser als auch auf der Ebene der Exekutive regelmäßig intensiv gepflegt wird.

Auf Regierungsebene unterzeichneten nach längeren bilateralen Beziehungen, die noch auf Franz Josef Strauß zurückgehen, im Jahr 1989 der damalige bayerische Ministerpräsident Max Streibl und der Premierminister von Québec Robert Bourassa ein Kooperationsabkommen, dessen 25-jähriges Bestehen 2014 mit gemeinsamen Aktionen und gegenseitigen Besuchen gefeiert werden konnte.

Deshalb freuen wir uns über die Anwesenheit unserer Gäste, die bereits am vergangenen Samstag in Bayern, übrigens zunächst in Würzburg, eingetroffen sind und mit ihrem Besuch die Beziehungen zwischen Bayern und Québec weiter vertiefen.

Nach vielen Gesprächen mit Mitgliedern des Präsidiums, Vertretern der Fraktionen und der Ausschüsse, der 9. Sitzung der gemischten parlamentarischen Kommission Bayern-Québec sowie mehreren Besuchen bei bayerischen Unternehmen und auch

bei einem Projekt der Flüchtlingshilfe neigt sich Ihr Besuch nun langsam dem Ende zu.

Wir freuen uns, Sie als Gäste dieser Plenarsitzung hier im Hohen Haus begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen! Wir wünschen Ihnen eine gute Rückkehr nach Québec am morgigen Freitag.

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat die nächste Rednerin das Wort. Das ist die Frau Kollegin Rauscher von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Unterländer, Sie haben gerade Bayern in bunten Farben geschildert und den Traum von einem Familienland gezeichnet. Ich glaube, Sie sollten die rosarote Brille einmal abnehmen und sich die Lebenswirklichkeit von Familien in Bayern differenzierter anschauen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dann sieht es nämlich in dem Bilderbuchfamilienland gar nicht mehr so rosig aus. Man muss sich nur einmal den Sozialbericht der Staatsregierung anschauen, der ganz deutlich zeigt, dass das Leben in Bayern nicht für alle Familien kunterbunt ist; denn durchschnittlich 42 % der alleinerziehenden Frauen und Männer in Bayern sind von Armut betroffen. Die Armutsgefährdungsquote von Familien mit drei oder mehr Kindern liegt bei fast 20 %

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

und damit mehr als doppelt so hoch wie bei Familien mit nur einem Kind oder zwei Kindern. So viel zu der Bereitschaft von Familien, mehr Kinder zu bekommen.

Nahezu jedes zehnte ein- oder zweijährige Kleinkind bezieht Sozialgeld. Damit sind die Jüngsten in unserer Gesellschaft die traurigen Spitzenreiter.

Aber auch im Alter sieht es nicht besser aus: 22,4 % aller über 65-Jährigen sind von Armut betroffen, davon besonders die Frauen. Auch wenn die Armutsquote im Bundesvergleich zu den niedrigeren gehört, ist jede Familie, die von Armut bedroht ist, doch eine zu viel.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass die Zahlen zunehmen und nicht abnehmen. Sie rühmen sich immer, bundesweit die höchsten Investitionen in die Kinderbetreuung vorzunehmen. Auch da lohnt sich ein Blick ins Detail.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein Blick in die Wahrheit!)

In Bayern fehlen bei einer Betreuungsquote von lediglich 27,2 % nach wie vor rund 20.000 Krippenplätze, um den Bedarf in Höhe von 41 % zu decken. Das ist die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Hier geht es in der Debatte doch nicht darum, die Lufthoheit über Kinderbetten zu erringen. Das ist Realität.

(Beifall bei der SPD)

Trotz aller Anstrengungen beim Kita-Ausbau ist es den jungen Eltern nach wie vor nicht möglich, einen Krippenplatz zu ergattern. Das gilt übrigens nicht nur für die Großstädte. Im Bundesvergleich liegt Bayern beim frühkindlichen Bildungsangebot für Kinder unter drei Jahren auf dem drittletzten Platz. Bei den Drei- bis Sechsjährigen belegt der Freistaat gerade einmal Platz 11. Dabei wälzen Sie die sehr hohen Betriebskosten und die Verantwortung auf die Kommunen ab.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jawohl!)

Auch bei der Qualität der Kitas ist Bayern alles andere als Spitzenreiter. Ja, die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher steigt; aber trotzdem fehlen laut Bertelsmann Stiftung aktuell gut 8.800 Vollzeitkräfte. Spitzenreiter sind wir also auch in diesem Bereich

nicht. Sie sagen, dass kein Land bei der Kindertagesbetreuung besser sei. Ganz offensichtlich sind sogar viele Bundesländer besser als Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte dem Hohen Haus noch eine Zahl zur Vereinbarkeit von Berufsleben und Familienleben ins Gedächtnis rufen. Die Eltern in Bayern sind eben nicht alle rundherum glücklich und zufrieden, wenn sie danach gefragt werden, wie gut sich beide Lebensbereiche vereinbaren lassen. Jüngst gaben weniger als 15 % der Mütter und Väter bei einer Befragung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung an, dass sich Familie und Beruf leicht vereinbaren lassen. Für uns als SPD ist das ein erschreckender Wert. Es ist leider nach wie vor so – daran wird deutlich, dass zu wenig getan wird –, dass vor allem Mütter nicht in dem Maße arbeiten können, wie sie sich das heutzutage wünschen, weil es oftmals an der nötigen Flexibilität oder an einer verlässlichen Betreuungsstruktur fehlt. Immer noch gibt es nicht genügend Anlaufstellen für Familien. Herr Unterländer, reine Absichtserklärungen reichen hierbei nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Die Familien brauchen Anlaufstellen, wo sie sich niedrighschwellig, unkompliziert und wohnortnah mit ihren Fragen und Sorgen an professionelle Helfer wenden können. Es gibt in gerade einmal 15 bayerischen Kommunen Familienstützpunkte mit solchen Angeboten. Alle anderen gehen bisher leer aus.

Bei den Pflegestützpunkten sieht es nicht besser aus. Wer in Bayern als pflegender Angehöriger Unterstützung braucht, muss sich auf eine lange Suche begeben; denn lediglich in neun Städten und Gemeinden finden sich hierzu Ansprechpartner, obwohl für Bayern 60 Pflegestützpunkte versprochen waren. Ja, es gibt Anlauf- und Beratungsstellen. Aber sie sind auf der Landkarte wirklich mit der Lupe zu suchen. Das ist keine Unterstützung für Familien, sondern vielmehr eine Zumutung, die sich übrigens leicht beheben ließe, wenn Sie endlich einmal unseren Anträgen zustimmen würden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja!)

Angesichts dieser Diskrepanz muss ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie doch bitte auf, Augenwischerei zu betreiben; denn Bayern ist nicht das Familienvorzeigeland Nummer eins, das Sie heute hier zu skizzieren versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Aber Bayern hätte durchaus das Potenzial dazu, wenn der Freistaat endlich die Weichen richtig stellen würde.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Genau!)

Sie haben vorhin gesagt, Bayern sei das einzige Land, das Familien mit gleich zwei Landesleistungen unterstützt. Das geschieht offenbar frei nach dem Motto: "Viel hilft viel". Ich kann Ihnen aber sagen: Es hilft eben leider nichts, wenn es nicht das ist, was sich Familien hier in Bayern wirklich wünschen. Die Zeiten, in denen sich Familien einzig und allein Familienleistungen in Euro und Cent wünschten, sind auch in Bayern längst vorbei. Mütter und Väter wünschen sich heute nämlich viel mehr und anderes. 55 % der Frauen und sogar 58 % der Männer in Bayern zwischen 18 und 40 Jahren haben in einer Studie zu den Lebensentwürfen junger Menschen in Bayern angegeben, dass sie einen gelungenen Ausgleich zwischen Beruf und Familie anstreben, ohne einen der beiden Bereiche vernachlässigen zu müssen. Gewünscht ist also ein Nebeneinander der Lebensbereiche, kein Hintereinander, wie wir das hier in unserem Land traditionell kennen. Betreuungsgeld wird übrigens oftmals nur als Übergangsgeld genommen, weil Krippenplätze in Bayern nach wie vor Mangelware sind. Gewünscht ist auch eine partnerschaftliche Aufgabenteilung, bei der Arbeitszeit genauso wie bei der Kinderbetreuung und der Hausarbeit. Ein guter Ansatz hierbei ist übrigens die geplante Familienarbeitszeit von 30 Stunden, wie sie unsere Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig einbringen wird.

Damit Bayern wirklich das Familienland schlechthin wird, sind endlich eine moderne Familienpolitik und – ja, Herr Unterländer – ein wirklich bunter Strauß an Maßnahmen erforderlich.

Außerdem ist eine Qualitätsoffensive in unseren Kitas erforderlich. Sie brauchen mehr Personal und mehr Zeit für die Arbeit am Kind. Bildung muss von null Jahren bis zum Ende der Bildungszeit kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen im Bereich der Jugendhilfe Präventionsketten. Das hat vergangene Woche sogar der Deutsche Kinderschutzbund angemahnt. Sie haben unseren Antrag hierzu im Bayerischen Landtag abgelehnt.

Wir brauchen flexiblere Öffnungszeiten und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote an den Schulen, damit alle Mütter und Väter so arbeiten können, wie sie es für ihre Familie benötigen. Die Arbeitswelt muss noch freundlicher werden, damit der Spagat zwischen Beruf und Familie gelingen kann und etwas leichter wird. Außerdem brauchen wir Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und natürlich endlich den gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem ist bezahlbarer Wohnraum für Familien erforderlich, vor allem in den Ballungsgebieten. Das und noch einiges mehr ist nötig, damit auch in Bayern eine moderne Familienpolitik Einzug halten kann, in der sich wirklich alle Familien und alle Familienformen wiederfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, öffnen Sie sich bitte der Lebenswirklichkeit bayerischer Familien und unterstützen Sie die Familien mit einer Neuorientierung familienpolitischer Leistungen, und zwar an den richtigen Stellen.

(Beifall bei der SPD)

Nur so kann eine zeitgemäße und moderne Familienpolitik, wie sie sich die Familien heute wünschen, gelingen. Genau dafür setzt sich die Landtagsfraktion der SPD ein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wird Bayern tatsächlich das Familienland Nummer eins sein und nicht mehr wie derzeit mehr Schein als Sein.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ja, ja!)

Herr Unterländer, ich habe noch ein paar Sekunden. Sie sagten vorher: Hände weg von der Politik. Vielleicht wäre es bei Ihren familienpolitischen Maßnahmen wirklich manchmal sinnvoll, wenn die Familien in Bayern die Hände von Ihrer Politik lassen würden.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bravo! – Kerstin Schreyer (CSU): Das ist übel!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wertes Präsidium! Herr Unterländer, es gilt: Hände hin an die Familienpolitik! Familien müssen gestützt werden. Familien müssen unterstützt werden. Im Moment haben wir Kitas, Betreuungsgeld, Steuererleichterungen, Kindergeld und Pflegezeiten. Familienpolitik in Deutschland besteht aus mehr als 150 Maßnahmen, die meistens sehr bürokratisch zu erlangen sind. Ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie sich hier feiern. Alleine die Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniert zumindest bei den meisten Frauen gar nicht.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): 75 % der Mütter arbeiten! So ein Schmarrn!)

Das möchte ich so weitergeben. Anscheinend sehen wir da alle keinen Grund zum Feiern. Familienpolitik ist auch Frauenpolitik. Die Hauptlast liegt noch immer auf den Frauen, ganz besonders, wenn es nach Ihren Wünschen geht.

Das Kindergeld ist um zwei Euro pro Monat erhöht worden. Ist das vielleicht eine große Leistung der Großen Koalition? Diese Erhöhung folgt dem Gießkannenprinzip. Daran haben auch Sie von der CSU mitgewirkt. Die Kindergelderhöhung durch Schwarz-Rot ist ein schlechter Witz. Die CSU ist daran beteiligt. Man muss ehrlicherweise hinzufügen, dass die Familienpolitik in Deutschland ohne die CSU vielleicht schon weiter wäre, wie Kollegin Rauscher zu Recht gesagt hat.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ha, ha, ha! – Kerstin Schreyer (CSU): Woher wollen Sie das denn wissen?)

Die CSU hängt immer noch dem klassischen Leitbild der Hausfrauenehe an: Die Frau ist daheim und kümmert sich um die Kinder.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Eine Unverschämtheit, was Sie hier von sich geben!)

Ihre Schwesterpartei ist da viel weiter und hat wenigstens den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz eingeführt. Das war Ihre Schwesterpartei. Ich bitte Sie! Sie haben dann doch zugestimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Man kann lesen, hören und sehen!)

Ich erinnere daran, dass ursprünglich ein Bundesbetreuungsgeld geplant war. Herr Unterländer, es sollte zunächst kein rein bayerisches Betreuungsgeld werden. Es ist ersichtlich, dass es nicht bundesweit eingeführt worden ist. Es war kein Exportschlager, sondern bundesweit schlichtweg ein Ladenhüter. Wir sind die Einzigen, die ein Betreuungsgeld zahlen.

(Josef Zellmeier (CSU): Billigste Propaganda!)

Mit diesen 100 Millionen Euro könnten wir für unsere Familien vor Ort wirklich Gutes erreichen. Eine Möglichkeit wäre der Ausbau der Angebote zur Ganztagsbetreuung.

Wir könnten auch Ausbildung und Arbeit in Teilzeit für junge Mütter besser fördern. Im Moment stehen dafür nicht einmal 100.000 Euro pro Regierungsbezirk zur Verfügung, was traurig ist. Sie von der CSU lehnen auch kleine Maßnahmen ab, etwa zur Beratung und Unterstützung von Familien mit schwerstkranken Kindern. Mit vielen kleinen Maßnahmen könnten wir Familien in akuten Situationen entlasten. Dazu gehört auch das "Netzwerk Familienpaten Bayern". Dafür gibt es seit vielen Jahren keine Erhöhung der Mittel; die letzte erfolgte vor 12 Jahren! In diesem Netzwerk zeigen Menschen bürgerschaftliches Engagement, indem sie in prekären Situationen einspringen. Dies gilt es besser zu unterstützen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, der man bestimmt nicht SPD-Nähe vorwerfen kann, hat festgestellt, dass Bayern in der Familienpolitik nicht zu den Spitzenreitern gehört. Die Bertelsmann Stiftung hat eine ähnliche Feststellung getroffen. Hat das jemand von der CSU gelesen? Ich jedenfalls weiß nicht, was wir heute feiern sollen.

Wir Frauen haben sicherlich etwas erreicht. Wir stehen nicht mehr alle daheim. Viele sind berufstätig. Die meisten Männer wollen sich mehr beteiligen; das ist ihr persönlicher Wunsch. Wir Frauen kämpfen für die Durchgängigkeit der Karriere, was auch Ausdruck von Familienpolitik ist. Aber wir könnten, wie Kollegin Rauscher schon gesagt hat, viel besser sein. Warum sind Sie von der CSU mit diesem leichten Anstieg schon zufrieden? Warum streben Sie nicht ein "Bergfest" an?

Wir müssen auch ältere Menschen unterstützen, um Familien zu entlasten. Ich nenne einige Stichworte: Fahrdienste im ländlichen Raum, ambulante Betreuung stärken, Mehrgenerationenhäuser.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Unterländer, danke für die Wertschätzung, die Sie den Frauen in den Familien entgegengebracht haben. Als in meiner Familie die Kinder noch klein waren, mussten wir alles allein schaffen, und wir haben es geschafft. Das ist gar nicht so lange her. Ich

freue mich über Ihren Dank. Das gelang garantiert ohne Hilfe der CSU. Ich bin eine dieser Mütter.

Ich weiß nicht, wie wir vorankommen sollen, ohne auch in der Wirtschaft mehr Forderungen zu stellen. Ich weiß auch nicht, warum wir feiern sollen, wenn Sie von der CSU jede Kleinigkeit, die Familien, Mütter und Kinder entlastet, ablehnen. Ich bitte Sie, Ihre Hände zur Unterstützung der Familien zu heben und nicht nur die Augen zuzuhalten.
– Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Celina von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Unterländer, nach all dem Eigenlob der CSU wünsche ich mir, dass Sie noch einmal richtig hinschauen. Bayern ist nicht so einheitlich und eintönig, wie Sie es beschrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist vielfältig, Bayern ist bunt. Familien in Bayern sind so unterschiedlich wie die bunten Flicker auf einer Patchworkdecke. Diese bunten Flicker sehen Sie bei Ihrem verklärten Blick durch die rosarote Brille natürlich nicht.

In Ihrer Rede haben Sie die Familien, von denen ich jetzt reden will, nicht einmal erwähnt. Sie sehen nicht, dass viele Familien in Bayern eben nicht von den Vorzügen der schönen weiß-blauen Welt profitieren und sich in dem Bild, das Sie gezeichnet haben, überhaupt nicht wiederfinden. Es gibt nach wie vor zu viele arme Familien. Armut äußert sich nicht allein darin, dass sich die Familie keinen Urlaub oder kein

neues Auto leisten kann. Armut birgt auch Krankheitsrisiken. Wer arm ist, stirbt fünf bis zehn Jahre früher als die Menschen im Durchschnitt, auch im reichen Bayern!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Unterländer, das, was Sie so wortreich als bayerische familienpolitische Maßnahmen beschrieben haben, kommt bei diesen Familien kaum an. Diese Familien sind nicht in Ihrem Fokus; Sie haben sie aus Ihrem Blick verloren. Stattdessen bedienen Sie mit Betreuungsgeld und Steuererleichterungen diejenigen, die es oft gar nicht brauchen. Sie machen Politik vorbei an gesellschaftlichen Gruppen, die zwar auf Bayerns Straßen, aber nicht im Blickfeld der CSU sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben zum Beispiel die Alleinerziehenden aus dem Blick verloren, die Frauen und Männer, die auf den Unterhalt des Ex-Partners für die gemeinsamen Kinder angewiesen sind und die ihre Miete kaum zahlen können, wenn der Unterhalt wieder einmal ausbleibt. Statt des kurzfristigen Betreuungsgeldes bräuchten sie die Sicherheit, dass der Staat auch längerfristig einspringt, wenn die Unterhaltszahlungen ausbleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen haben Sie sich dafür gelobt, dass in Bayern, verglichen mit anderen Bundesländern, prozentual weniger Kinder von Armut betroffen seien. Aber in Bayern lebten im Jahr 2015 über 7.000 Kinder und Jugendliche mehr in einem armen Haushalt als noch vor fünf Jahren. Dass in einem reichen Bundesland wie Bayern, das wirtschaftlich konstant wächst, die Zahl der armen Kinder und Familien zunimmt, haben Sie nicht verhindern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, wenn Sie dazu gefragt werden, dann antworten Sie meistens, dass aufgrund der guten Arbeitsmarktchancen die Ausgangslage für Familien, sich selbst

zu ernähren, günstig sei. Dieser Hinweis hilft vielen armen Familien eben nicht. Wer alleinerziehend ist und mehrere Kinder hat, für die er oder sie auch im Krankheitsfall sorgen muss und für die es manchmal keine bedarfsgerechten oder finanzierbaren Betreuungsmöglichkeiten vor Ort gibt, der ist auf dem Arbeitsmarkt schlicht nicht gefragt und hat damit kaum die Möglichkeit, Vollzeit oder gar im Schichtbetrieb zu arbeiten. Wer keine gute Ausbildung hat, ist auf dem Arbeitsmarkt nicht gefragt. Dagegen hilft Ihr CSU-Betreuungsgeld kein bisschen. Im Gegenteil, es verstetigt die Armut der Frauen bis ins Alter hinein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer arm ist und Kinder hat, der wird im reichen Bayern auch im Alter arm bleiben. Wer Kinder hat und sich vom Partner trennen will, der findet keine bezahlbare Wohnung. Oft gibt es nicht einmal einen Platz im Frauenhaus. Aber auch hier leben Familien mit Kindern. Auch hier leben Menschen mit Brüchen in der Biographie, die sich weit weg von der Bilderbuchfamilienwelt bewegen und denen Sie kaum Angebote machen. Genau diese Familien, fernab von dem glänzenden Familienland Bayern, existieren eben auch und brauchen Hilfe: die junge Frau, die mehrere Kinder hat, aber keine Arbeit und keine stabile Beziehung, die Familie, in der der Mann, der sonst als Einziger erwerbstätig ist, arbeitslos geworden ist, die Familie, die aufgrund von Brüchen im Leben, Pech, falschen Entscheidungen oder Krankheit nicht wieder allein auf die Beine kommt, die keinen reichen Onkel hat, der sie mitziehen kann, weil jeder in dieser Familie arm aufgewachsen und arm geblieben ist. Diese Familien brauchen basisnah niederschwellige Hilfen. Sie brauchen Prävention und Bildung. Wer keine Arbeit hat, hat das Gefühl, nicht gebraucht zu werden. Zu Arbeitslosigkeit kommen Geldsorgen, Eheprobleme und Konflikte mit den Kindern, aber eben auch Isolation und das Gefühl, in der Gesellschaft keine Stimme zu haben. Es folgen Perspektivlosigkeit, Angst vor der Zukunft und Angst vor Ausgrenzung, die Scham, nicht teilhaben zu können an der Gesellschaft, und schließlich Übergewicht, Diabetes, Bluthochdruck, Sucht. Das ist eine Ansammlung von Risikofaktoren, die schwere Krankheiten wie

Schlaganfall, Krebs und Herzinfarkt begünstigen und die ursächlich für die deutlich geringere Lebenserwartung der Armen in der Gesellschaft sind.

Armut macht nicht automatisch krank, aber sie hat Folgen für die Gesundheit. Überall auf der Welt, auch im reichen Bayern, gilt die Regel: Wer arm ist, wird eher krank und stirbt früher. Menschen werden krank, weil sie arm sind, und sie werden arm, weil sie krank sind. Um diesen Kreislauf zu beenden, brauchen wir mehr als Geld für Bilderbuchfamilien und mehr als Steuererleichterungen für diejenigen, denen es gut geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen hier ein ganz anderes Konzept als das, das Sie dargestellt haben. Wir brauchen eine Gesundheitsförderung, die viel niedrighwelliger ist. Das Stichwort für diese Gesundheitsförderung heißt Empowerment. Das bedeutet, der Stempel "Arm, abgehängt und asozial" muss von der Stirn herunter, vor allem bei den Kindern. Bei den Maßnahmen, die Sie vorgestellt haben, kommt der Begriff Empowerment nur am Rande vor mit der Folge, dass diese Familien noch lange am Rande der Gesellschaft bleiben werden. Sie mögen Ihre familienpolitischen Maßnahmen gut meinen, aber gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schorer-Dremel von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Kinder und ihre Familien finden im Freistaat Bayern so gute Lebensbedingungen wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Wir stärken alle Familien. Wir sind für alle Familienformen in Bayern da, mit Partner, Kindern, Enkeln und Großeltern. Bayern ist und bleibt das familienfreundlichste Land.

Wir steigern die staatlichen Ausgaben für die Familien und sorgen für echte Wahlfreiheit. Allein in den Jahren 2015 und 2016 unterstützten wir bayerische Familien mit rund drei Milliarden Euro. Die bayerische Familienpolitik basiert auf drei wichtigen Komponenten, die sich gegenseitig sinnvoll ergänzen und den bayerischen Familien eine individuelle Lebensplanung ermöglichen.

Die erste Komponente sind höchste Investitionen in die Kinderbetreuung und die größte Dynamik beim Krippenausbau. Kein Land hat mehr Geld in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investiert als Bayern. Seit 2008 waren es rund 1,4 Milliarden Euro. Mittlerweile gibt es im Freistaat Bayern mehr als 110.000 Betreuungsplätze. Durch das Kinderbildungsgesetz ist es uns gelungen, die Situation der Familien weiter zu verbessern und eine staatliche Förderung auf den Weg zu bringen, unabhängig von der Art der Einrichtung, also für staatliche, private und betriebliche Einrichtungen.

Durch das Kinderbildungsgesetz werden die Betreuungsangebote für Kinder im ländlichen Raum gestärkt. Für kleine Einrichtungen wurde eine Sonderförderung beschlossen. Außerdem wird die Betreuung von Schulkindern in Kitas ermöglicht. Als ehemalige Schulleiterin freut mich das besonders, weil ich eine solche Kita aufgebaut habe. Für das letzte Kindergartenjahr wurde ein monatlicher Beitragszuschuss auf den Weg gebracht. Mit der Stärkung der Kindertagespflege wurde eine echte Alternative zur Kinderkrippe geschaffen. An dieser Stelle möchte ich unserer Sozialministerin Emilia Müller ein herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Zur zweiten Komponente: Bayerische Familien erhalten auch künftig ein Landesbetreuungsgeld. Ich möchte nur ganz kurz sagen: Bayern hat als einziges Bundesland die Wahlfreiheit eingeführt. Das Betreuungsgeld ist vor allem für Familien mit vielen Kindern eine willkommene Unterstützung. Dies bestätigt auch der Verband kinderreicher Familien in Bayern. Gerade junge Eltern haben den Wunsch, sich in den ersten

Jahren nach der Geburt ihrer Kinder selbst um deren Erziehung zu kümmern. 75 % der jungen Eltern nehmen das bayerische Betreuungsgeld in Anspruch. Auch meine Kinder werden demnächst in den Genuss dieser Leistung kommen.

Zur dritten Komponente: Das Landeserziehungsgeld ist bundesweit die höchste Leistung zur Unterstützung von Familien. Wir haben im Jahr 2015 75 Millionen Euro in das bayerische Landeserziehungsgeld investiert. Das muss uns im Bund erst einmal einer nachmachen.

(Beifall bei der CSU)

Damit unterstützen wir vor allem Familien mit niedrigem Einkommen und senken das Armutsrisiko junger Familien und damit auch alleinerziehender Mütter. Für knapp 90 % der Alleinerziehenden ist das Landeserziehungsgeld ein wichtiger Beitrag zum Haushaltsbudget. Es erleichtert für 75 % der Eltern die Betreuung ihrer Kinder zu Hause. Solche Fakten sollten an diesem Tag auch einmal genannt werden.

(Beifall bei der CSU)

Zusätzlich zu diesem Drei-Säulen-Modell bietet der Freistaat Bayern seinen Familien ein deutschlandweit einzigartiges Netz an Beratungs-, Hilfs-, und Informationsangeboten, zum Beispiel mit Erziehungsberatungsstellen oder Familienstützpunkten. Dabei sind besonders die koordinierenden Kinderschutzstellen hervorzuheben, die als Vorreiter für das Bundeskinderschutzgesetz dienten. Durch den Aufbau eines regelrechten Netzwerks von Kliniken, Ärzten, Hebammen, Beratungsstellen, Polizei, Jugendamt und Justiz wird vor allem sozial und wirtschaftlich schwachen Familien mit Säuglingen und Kleinkindern geholfen. Die Kinderkommission hat bereits im Januar 2015 einen Vertreter eingeladen und sich über dieses Thema Gedanken gemacht. Gleichzeitig möchte ich hier die verpflichtende Früherkennungsuntersuchung, die Schuleingangsuntersuchung sowie die Kinderschutzambulanz in München nennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die große Mehrheit der Kinder und Familien in Bayern lebt in guten Verhältnissen. Dies ist auch auf die äußerst niedrigen Arbeitslosenzahlen zurückzuführen, die Bayern Monat für Monat und Jahr für Jahr vorweisen kann. Dennoch muss ein Sozialstaat Maßnahmen ergreifen, um Eltern bei materieller Bedürftigkeit zu unterstützen. Bayern hat die niedrigste Quote von Kindern unter 18 Jahren in Familien, die Leistungen nach dem SGB II beziehen. Während deutschlandweit 14,7 % aller Kinder in Familien, die Hartz-IV beziehen, aufwachsen – in Nordrhein-Westfalen sind es sogar 18,6 % und in Berlin traurige 32 % –, sind es in Bayern mit 6,2 % die wenigsten Kinder. Nichtsdestoweniger ist der Wert immer noch zu hoch. Wir müssen daran arbeiten.

Aber, sehr geehrte Frau Rauscher, in Bayern konzentriert sich die Kinderarmut auf Großstädte und Problemviertel. Darüber sollten einmal die Sozialdemokraten nachdenken, die dort die Regierungsverantwortung tragen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Bayern das familienfreundlichste Land bleibt. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Doris Rauscher (SPD): Sie haben die Kommunen alleine gelassen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Vogel von der CSU das Wort.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas über die Art und Weise erschüttert, wie vonseiten der Opposition über Bayern und über die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land gesprochen wird.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wie über die CSU gesprochen wird! Das ist die Wahrheit!)

Mich wundert es überhaupt nicht mehr, dass die SPD bei 16 oder 17 % liegt. Sie geben einfach die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land überhaupt nicht mehr wieder.

(Beifall bei der CSU)

Bei allen statistischen Daten, die zum Beispiel zur Kinderarmut und zu den Sozialhilfeempfängern erhoben werden, hat sich gezeigt: Nirgendwo in Deutschland sind die Lebensperspektiven der Menschen besser als in Bayern. Nirgendwo!

(Beifall bei der CSU)

Das größte Armutsrisiko für die Menschen in Bayern ist nicht das Betreuungsgeld, sondern eine rote, oder noch schlimmer, eine rot-grüne Landesregierung. Das wäre das höchste Lebensrisiko für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Frau Rauscher, Sie haben von einer rosaroten Brille gesprochen, die wir abnehmen sollten. Sie haben gesagt, Bayern wäre das Schlusslicht, weil bei uns Erzieherinnen und Erzieher fehlten. Ich habe mich gewundert, wie man eine Studie so einseitig darstellen kann. Sie haben erklärt, in Bayern fehlten 8.800 Erzieherinnen und Erzieher. Richtig, das sind die Erkenntnisse der Bertelsmann-Studie. Sie haben aber verschwiegen, dass im Land Nordrhein-Westfalen mit 17,8 Millionen Einwohnern 15.600 Erzieherinnen und Erzieher fehlen. In Mecklenburg-Vorpommern, dem Heimatland unserer Bundesfamilienministerin, mit 1,6 Millionen Einwohnern fehlen 6.600 Erzieherinnen und Erzieher.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben gesagt, Bayern sollte sich an Rheinland-Pfalz mit Malu Dreyer, einem Familienland, ein Vorbild nehmen. Dort liegt die Einwohnerzahl bei vier Millionen und die

Zahl der fehlenden Erzieherinnen und Erzieher bei 4.400. Kehren Sie erst vor Ihrer eigenen Haustüre, bevor Sie gegen Bayern Vorwürfe erheben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Solche Reden können Sie auf dem CSU-Parteitag halten, aber nicht hier im Parlament! Das ist unangemessen!)

Frau Rauscher, Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Bedarf in Bayern bei 41 % liege, aber nur 27 % der Kinder unter drei Jahren würden in Bayern betreut. Wer legt denn diesen Bedarf fest? Der SPD-Ideologiebeauftragte? Legt die Landtagsfraktion der SPD diesen Bedarf fest? – Diesen Bedarf legen die Eltern in Bayern fest. Wir haben Bedarfsdeckung, weil der Bedarf in Bayern niedriger ist. Wir sind stolz auf funktionierende Familienstrukturen und darauf, dass Großeltern da sind und die Frau oder der Mann sagt: Jawohl, ich kümmere mich bewusst um unseren Nachwuchs, weil mir das wichtig ist. Wir sollten diese Entscheidung der Eltern respektieren und nicht alles über einen Kamm scheren und nicht sagen: In Deutschland liegt der Bedarf an Betreuungsplätzen bei 41 %. Der Bedarf ist unterschiedlich. Wir sind stolz darauf, dass wir in Bayern funktionierende Familienstrukturen haben.

(Beifall bei der CSU)

Nun noch ein Wort zum Thema Betreuungsgeld. Wir respektieren die Entscheidung der Eltern. Ich kenne genug Eltern, die sagen: Ich bleibe daheim, um mich um unseren Nachwuchs zu kümmern. Ich frage Sie: Was gibt es Vertrauensvolleres, als wenn ein Elternteil im Zusammenhang mit der Betreuung des Babys sagt: Ich bleibe bewusst zu Hause, um mich um meinen Nachwuchs zu kümmern, ich entscheide mich bewusst dafür?

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich empfinde es als Wahnsinn, was Sie den Eltern in Bayern vorwerfen. Es ist keine Herdprämie, es ist keine Schnapsprämie, sondern wir haben eine Kuschelprämie für Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern wollen.

(Beifall bei der CSU – Doris Rauscher (SPD): Damit grenzen Sie einen großen Teil der Familien aus!)

Und nun noch ein Wort zu der Frage, was Bayern in der Kinderbetreuung tut. Kein anderes Bundesland hat mehr Euro pro Kopf in die Schaffung von Kinderkrippenplätzen gesteckt. Bayern gab 930 Millionen Euro Eigenmittel.

Die Bertelsmann-Studie lobt Bayern und sagt: Kein anderes Bundesland hat einen solchen Zuwachs an pädagogischem Personal für die Kindertagesstätten. Es sind über 75 %. Die Bertelsmann Stiftung stellt fest, dass Bayern in der Weiterbeschäftigung und Anstellung von Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten vorbildlich ist. Hören Sie also auf, Bayern schlechtzureden.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Beifall bei der CSU – Doris Rauscher (SPD): Wir reden Bayern nicht schlecht!)

Die jungen Familien in Deutschland wissen, dass in Bayern ihre Chancen für ihre eigene Lebensführung am höchsten sind. Sie stimmen mit dem Umzugswagen ab. Sie kommen zu uns nach Bayern, weil bei uns die Perspektiven besser sind als in den Ländern, in denen Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie ersetzen Inhalt durch Lautstärke! Warum Sie so rumschreien, weiß ich eigentlich nicht!)

Ich wiederhole mich: Das höchste Armutsrisiko birgt nicht das Betreuungsgeld, sondern das größte Risiko ist eine rote oder rot-grüne Landesregierung.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Argumentieren statt rumschreien! Letzteres können Sie prima!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin hat die Kollegin Schreyer von der CSU das Wort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich dachte, eine Steigerung sei nicht möglich, aber jetzt kommt sie doch!)

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass der Herr Halbleib schon ganz gespannt auf meine Ausführungen wartet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich war selten enttäuscht!)

– Danke, das ist immer schön! Sie lernen jetzt sicherlich etwas dazu; das ist wunderbar.

Ich möchte jetzt kurz auf die Rednerinnen eingehen, die vorher gesprochen haben. Ich denke, wir müssen gemeinsam Überlegungen anstellen. Frau Schmidt kann jetzt leider nicht mehr dabei sein, um die Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen. Deshalb bitte ich, ihr auszurichten, was ich ihr noch mit auf den Weg geben möchte; denn es ist wichtig.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

– Frau Gottstein, ich kann Sie schlecht hören, aber vielleicht übernehmen Sie demnächst den Redneranteil für die FREIEN WÄHLER, dann höre ich Sie sicherlich besser.

Frau Schmidt hat vorhin ausgeführt, dass Familienpolitik auch Frauenpolitik sei. Ja, sie ist auch Frauenpolitik, aber sie ist auch Männerpolitik. Wenn wir Familienpolitik ordentlich und sauber angehen wollen, geht es darum, dass Männer und Frauen miteinander die Familien organisieren.

(Beifall bei der CSU)

Insofern hat Frau Schmidt recht gehabt; vor 25 bis 30 Jahren haben die Frauen maßgeblich die Familie organisiert und die Verantwortung dafür getragen, während die meisten Männer Familie nicht so wahrgenommen haben. Das geht allerdings weit an

der heutigen Familienpolitik vorbei. Heute haben wir auch viele Männer, die gerne Zeit mit ihren Kindern verbringen und Verantwortung übernehmen wollen. Deshalb ist es heute nicht mehr nur Frauenpolitik. Es ist Politik für Männer, Frauen und Kinder.

Leider kann Frau Schmidt bei der Debatte nicht mehr dabei sein. Mich würde schon interessieren, wie sie die Politik heute empfindet, ob sie sie auch heute nur als Frauenpolitik empfindet.

Bei den Ausführungen des Kollegen Vogel hat man deutlich gemerkt, dass er selbst kleine Kinder hat. Er hat engagiert und mit Elan versucht, das Thema zu bearbeiten.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Er war vor allem reichlich laut!)

Es ist heute, wie gesagt, nicht nur Frauenpolitik.

Spannend ist auch die Aussage, dass es bei der CSU nur um die Hausfrauen gehe. Wenn ich mich hier im Hohen Hause umschaue, sehe ich durchaus einige Frauen, die nicht nur Hausfrauen sind, sondern auch als Mutter sehr engagiert in der Politik dabei sind. Das gilt auch für die eine oder andere Kollegin als Oma. Es ist schon merkwürdig von Ihnen zu hören, die CSU hätte da ein Hausfrauenbild.

Uns ist die Wahlfreiheit wichtig, das heißt, dass Männer und Frauen entscheiden können, wie viel Zeit sie arbeiten und wie viel Zeit sie mit ihren Kindern verbringen wollen. Im Übrigen arbeiten sie dann auch, wenn auch in anderer Rolle.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Herr Pfaffmann, es ist anstrengend, wenn Sie so dazwischen schreien.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wenn beide arbeiten müssen, weil das Geld nicht ausreicht, wo ist denn da die Wahlfreiheit?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Kollegen, wir halten hier keine Zwiesprache.

– Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Pfaffmann, ich schlage Ihnen vor, anschließend zusammen einen Kaffee zu nehmen und dort alles ausführlich zu diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Ich verstehe es, Herr Pfaffmann, dass Sie das nicht können; denn eine Weiterentwicklung ist anstrengend.

(Beifall bei der CSU)

Ich antworte aber gerne auf Ihre Frage. Sie haben völlig recht: Es gibt Situationen im Leben, in denen beide Partner arbeiten müssen. Deshalb ist es so wichtig, Betreuungsgeld, Landeserziehungsgeld und Ähnliches zu haben, um damit die Möglichkeit zu geben, Krippen und andere Kinderbetreuungseinrichtungen zu nutzen, damit die Eltern frei entscheiden können.

Im Übrigen ist gerade die Landeshauptstadt München mit Abstand am wenigsten in der Lage, genau diese Probleme zu lösen. Insofern müssten Sie als Münchner an dieser Stelle eigentlich ganz leise sein.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD) und Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Frau Rauscher, ich kann Sie schlecht verstehen, weil Herr Pfaffmann so dazwischenschreit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie müssen sich einigen, wer dazwischenrufen soll, sonst wird es etwas anstrengend.

Wir in Bayern versuchen, für die Familien verlässliche Ansprechpartner zu bieten, egal, ob über Familienstützpunkte, Erziehungsberatungsstellen oder Familienanlaufstellen. Wir haben Netzwerke wie KoKi, das heißt, wir versuchen wirklich, ein breites Angebot zu schaffen.

Ich verstehe Ihre Forderung, überall ein Stück weit mehr zu tun – das wäre auch mein Wunsch –, an jeder Ecke und wo auch immer. Aber wir sollten auch respektieren, dass wir gerade bei den Familienstützpunkten, die vorhin bereits angesprochen wurden, 2,5 Millionen Euro jährlich investieren. Wir können darüber diskutieren, ob es nicht noch mehr sein kann. Aber wir sollten auch anerkennen, dass wir an dieser Stelle ganz viel tun.

Das Einzige, was heute in der Debatte bei den Oppositionsrednern gefehlt hat, war die Wertschätzung für die Familien, das heißt, dass man durchaus unterschiedliche familiäre Lebensformen wählen kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Unverschämtheit! Jetzt wird es wirklich peinlich, Frau Kollegin!)

Wenn wir alle zusammen mit mehr Herz an die Problematik herangingen und nicht versuchten, uns gegenseitig um die Ohren zu hauen, was im Grunde mehr möglich sein sollte, dann wären wir in der Familienpolitik einen ganz großen Schritt weiter.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wirklich ein peinlicher Auftritt von Ihnen!)

Insofern hätten Sie der CSU-Fraktion vielleicht danken sollen, dass sie dieses wichtige Thema heute in die Aktuelle Stunde eingebracht hat. Nur deswegen können wir miteinander reden. Das "Danke" hat leider gefehlt. Ich würde es im Grunde gerne von Ihnen annehmen. Angesichts Ihrer vielen Zwischenrufe scheinen Sie das Thema tatsächlich ernst zu nehmen. Wir sind sehr froh, dass wir dieses Thema heute eingebracht haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lassen Sie doch Ihren peinlichen Auftritt!)

Es ist ein wichtiges Thema für uns. Ich glaube, wir konnten glaubhaft darstellen, was im Grunde sehr gut läuft. Mehr könnte man immer machen, und meckern kann man auch. Aber das ist dann Ihr Job und nicht meiner.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat nun Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen nur zustimmen. In Bayern lässt es sich für Familien sehr gut leben. Die Arbeits- und Lebensbedingungen sind in Bayern besser als in jedem anderen Bundesland. Das sage ich jetzt, das habe ich gestern gesagt, und ich werde es auch morgen sagen. Ich bleibe dabei.

(Beifall bei der CSU)

Kein anderes Bundesland bietet objektiv mehr Lebensqualität. In Bayern finden die Menschen einen hervorragenden Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt, eine sehr gute Einkommenssituation, ein ausgezeichnetes Bildungssystem durch hohe Bildungsinvestitionen sowie ein breit gefächertes soziales Netz an Infrastruktur.

Bayerns Kinder und Jugendliche wachsen gesünder auf als die Kinder anderswo. Wir haben deutschlandweit mit weitem Abstand die geringste Quote an Kindern mit Sozialgeldbezug. Die neueste Studie der Bertelsmann Stiftung hat uns das bestätigt. In Bayern sind es 7,23 % der Kinder unter 15 Jahren. Deutschlandweit sind es 15,48 %. Das Mehr an Lebensqualität drückt sich zudem in den subjektiven Einschätzungen unserer Familien aus. Die meisten Eltern erleben ihr Wohnumfeld als kinderfreundlich. Der Zusammenhalt der Generationen ist ausgesprochen gut. Bayern ist Familienland dank der Menschen, die hier leben, allen voran der Familien selbst.

Bayern ist aber auch Familienland dank der guten Unterstützung, die wir unseren bayerischen Familien bieten. Familienpolitik muss sich nach den Bedürfnissen der Familien richten und nicht umgekehrt. Wir nehmen die Elternwünsche ernst, ebenso wie die unterschiedlichen Lebensbedingungen und -entwürfe. Außerdem nehmen wir die

Wünsche von Frauen und Männern ernst, die partnerschaftlich ihr Leben gestalten wollen. Deshalb investieren wir in Kindertagesbetreuung genauso wie in die familiär und privat organisierte Betreuung.

Für uns ist es selbstverständlich, das Betreuungsgeld als bayerische Leistung fortzuführen. Der Erfolg gibt uns doch recht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit dem 22. Juni dieses Jahres bewilligten wir bereits 88.000 bayerischen Eltern das Betreuungsgeld. 88.000!

(Beifall bei der CSU)

Die Nachfrage ist mit knapp 72 % der anspruchsberechtigten Eltern ungebrochen hoch. Familien entscheiden sich bewusst für das Betreuungsgeld. Sie entscheiden darüber, ob sie eine familiäre und private Betreuung selber organisieren wollen, und zwar so lange, bis sie den Zeitpunkt für die Krippe für geeignet erachten. Das ist doch die Realität, in der wir uns derzeit bewegen.

(Beifall bei der CSU)

Das einkommensabhängige Landeserziehungsgeld hat in Bayern eine lange Tradition; das muss einmal mehr gesagt werden. Hiermit stärken wir vor allem Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Damit das so bleibt, heben wir die Einkommensgrenze für alle Geburten ab dem 1. Januar 2017 weiter an: bei Alleinerziehenden von 22.000 Euro auf 31.000 Euro, bei Paaren von 25.000 Euro auf 34.000 Euro und bei jedem weiteren Kind von 3.410 Euro auf 4.400 Euro.

Bildung hat einen zentralen Stellenwert für Lebens- und Zukunftschancen. Damit beginnen wir bereits im Elternhaus; denn das ist der wichtigste Lern- und Bildungsort für Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Was Eltern leisten, ist auch durch den fürsorglichsten Staat nicht ersetzbar. Den Eltern zu vertrauen, sie wertzuschätzen und zu stärken, ist deshalb die Leitlinie für unsere Politik.

Wir unterstützen die Kommunen mit einem Förderprogramm bei der Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung sowie bei dem Aufbau von Familienstützpunkten, Frau Rauscher. Bis heute nehmen 33 Landkreise und kreisfreie Städte daran teil, und zwar mit 93 Familienstützpunkten. Vor Kurzem erst konnte ich vier weitere Familienstützpunkte in Schweinfurt eröffnen. Wir wollen, dass alle Kommunen mitmachen und sich beteiligen. Es liegt im Übrigen auch im Interesse der Kommunen, dies voranzutreiben.

Damit wir Familien in belasteten Lebenslagen möglichst früh erreichen können, fördern wir in allen Jugendämtern koordinierende Kinderschutzstellen; das ist vorhin bereits von der Kollegin Schreyer angesprochen worden. Wir stärken die Eltern, und wir bauen die Kinderbetreuung weiter aus.

Der Freistaat trägt 52 % der Grundkosten, so viel wie kein anderes Flächenland in Deutschland. Im Jahr 2016 werden allein für die laufenden Betriebskosten sage und schreibe 1,6 Milliarden Euro investiert. Frau Rauscher, selbstverständlich unterstützen wir die Kommunen. Vorhin haben Sie nämlich so getan, als ob wir dies nicht täten.

(Doris Rauscher (SPD): Das habe ich nicht getan!)

Kinderbetreuung ist originäre Aufgabe der Kommunen, und Kommunen bauen bedarfsgerecht aus. Wie Sie auf die 20.000 fehlenden Krippenplätze kommen, das erschließt sich mir überhaupt nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Wir stärken die Qualität der Kinderbetreuung mit mehr Personal sowie mit unserem Modellversuch "Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen". Die Bildungschancen junger Menschen stärken wir darüber hinaus durch äußerst gute

Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit. Allein im Jahr 2016 investieren wir dafür über 29,2 Millionen Euro, inklusive der Förderung der Schullandheime. Das ist der höchste Betrag in der Geschichte des Freistaats, der jemals dafür ausgegeben wurde. Ich sage Ihnen: Das Geld ist gut angelegt; jeder Cent hat seine Berechtigung.

(Beifall bei der CSU)

Alle Kinder und Jugendlichen brauchen gute Chancen. Jungen Menschen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, helfen wir mit unserer bewährten Jugendsozialarbeit an Schulen und der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Diese Bereiche bauen wir bedarfsgerecht aus. Die Jugendsozialarbeit benötigen wir aktuell im Zusammenhang mit der Integration ganz besonders; deswegen kommt es hier zu einem weiteren Ausbau.

In Bayern haben wir den niedrigsten Sozialgeldbezug bei Kindern. Darauf ruhen wir uns jedoch nicht aus, sondern das ist für uns ein Ansporn, noch mehr Kinder aus dem Sozialgeldbezug herauszuholen. Damit dies gelingt, muss man die gesamte Familie und deren Lebenssituation in den Blick nehmen. Das haben unsere Modellprojekte wie TANDEM bereits gezeigt.

Jetzt gilt es, diesen Ansatz für alle zu öffnen. Dafür brauchen wir eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Jobcenter. Ohne entsprechende Aufstockung im Bereich des Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets wird das aber nicht funktionieren. Ich begrüße daher die Initiative der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, unseren bewährten bayerischen ganzheitlichen Ansatz gerade in den Städten zu implementieren, in denen, zumindest für bayerische Verhältnisse, noch besonders viele Kinder in armutsgefährdeten Familien leben. Wir haben uns in jedem Regierungsbezirk die entsprechenden Städte herausgesucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen Familien noch besser unterstützen, wir wollen ihnen noch bessere Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Daher sieht der Regierungsentwurf alleine für die Familienpolitik in den Jah-

ren 2017/2018 rund 4,9 Milliarden Euro vor; das ist ein Plus von 15 % gegenüber dem Doppelhaushalt 2015/2016.

Wir wollen die Familienarbeit noch besser wertschätzen. Dazu fordern wir einen Kinderbonus bei den Rentenbeiträgen; denn schon durch ihre Kindererziehung leisten die Eltern einen generativen Beitrag. Außerdem wollen wir die Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Das ist unsere feste Zielsetzung.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Kinder und ihre Bedürfnisse müssen noch stärker wahrgenommen werden.

Im Jahr 2015 wurden in Bayern rund 118.300 Kinder geboren. Das ist die höchste Zahl seit 15 Jahren. Allein dies zeigt: Bayern ist Familienland Nummer eins, und das soll es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.